

Frauen in Lüneburg kämpfen gegen Engpässe bei Schwangerschaftsabbrüchen!

Betroffene Frauen in Lüneburg berichten von ihren Erfahrungen mit Schwangerschaftsabbrüchen und dem Mangel an medizinischer Versorgung.

Lüneburg, Deutschland -

In Lüneburg| in Deutschland ist die Zahl der jährlichen Schwangerschaftsabbrüche über 100.000, basierend auf den neuesten Statistiken. In Lüneburg selbst werden dabei rund 250 Abbrüche pro Jahr verzeichnet. Viele Frauen berichten von ihren Erfahrungen, die oft von Herausforderungen und Unsicherheiten geprägt sind.

Eine der betroffenen Frauen, Julia Meiner* (19), gestand: „Ich war total geschockt, als ich den positiven Schwangerschaftstest in den Händen hielt. Das passt gerade überhaupt nicht in mein Leben.“ Diese Aussage verdeutlicht die emotionale Belastung, der viele Frauen ausgesetzt sind, wenn sie mit ungewollter Schwangerschaft konfrontiert werden.

Herausforderungen bei der medizinischen Versorgung

Corinna Heider-Treybig von Pro Familia stellt fest, dass die medizinische Versorgung für Frauen, die eine Abtreibung in Lüneburg in Betracht ziehen, unzureichend sei. Mit nur zwei medizinischen Einrichtungen, die einen Abbruch durchführen, ist die Situation angespannt. „Sogar in Uelzen gibt es drei. Viele

meiner Klientinnen bekommen keinen zeitnahen Termin und müssen zum Beispiel nach Hamburg fahren,“ erzählt Heider-Treybig. Dies bringt für viele Frauen zusätzliche Belastungen mit sich, da sie oft keine finanziellen Mittel или niemanden haben, der sie nach dem Eingriff abholt.

Die Tatsache, dass mehr als 350 Frauen jährlich die verpflichtende Schwangerschafts-Konfliktberatung in Lüneburg aufsuchen, zeigt den Bedarf an Unterstützung. Alena Guzy von Donum Vitae erklärt: „Die meisten Betroffenen haben bereits eine Entscheidung getroffen, wenn sie zu uns kommen.“

Eine weitere Betroffene, Marie List* (39), schildert ihre Erfahrungen: „Vor der Beratung bei Donum Vitae hatte ich ein wenig Angst, doch ich wurde positiv überrascht und fühlte mich sehr wohl.“ Sie erlebte jedoch auch die Unsicherheiten im Klinikum: „Ich wurde mit den Blicken von zwei Mitarbeiterinnen abgestraft. Ich fühlte mich sofort schuldig.“ Diese Erfahrungen verdeutlichen die oft stigmatisierten und belastenden Umstände, unter denen Frauen ihren Entscheidungskampf führen müssen.

Lena Meese* (31) berichtet ebenfalls, dass sie für ihren Abbruch nach Hannover fahren musste, da sie im Lüneburger Klinikum keinen Termin erhalten konnte. Diese geografische Herausforderung ist nicht ungewöhnlich und zeigt die unzureichende Verfügbarkeit von Abtreibungsdiensten in der Region.

Wartezeiten und alternative Optionen

Die Problematik wird auch von Prof. Peter Dall, Chefarzt der Lüneburger Frauenklinik, bestätigt. „Es kann sein, dass Frauen einige Zeit auf einen Termin für einen Schwangerschaftsabbruch warten müssen,“ sagt er. Die hohe Auslastung der gynäkologischen Ambulanz, insbesondere durch die Behandlung dringlicher Fälle wie Krebserkrankungen, verstärkt diese Wartezeiten.

Aktuell nutzen 63 Prozent der Frauen in Lüneburg die medikamentöse Methode für ihren Abbruch, die seit September 2023 auch bis zur siebten Woche in einer gynäkologischen Praxis angeboten wird. Dies ist ein erster Schritt, doch bleibt die Situation unhaltbar, wenn man bedenkt, dass Frauen in der Region oft keine weiteren Optionen zur Verfügung stehen.

Eine Gynäkologin betont zudem, dass eine höhere Vergütung für diese Leistungen notwendig sei, um die Versorgung zu verbessern. „Der Schwangerschaftsabbruch wird in Niedersachsen als Leistung extrem schlecht vergütet. In Hamburg bekommen die Praxen zum Beispiel dreimal so viel,“ erklärt die Medizinerin, die anonym bleiben möchte.

Obwohl Abtreibungen in Deutschland grundsätzlich strafbar sind, gibt es in bestimmten Umständen die Möglichkeit, diese straffrei durchzuführen, solange bestimmte Vorschriften eingehalten werden. Diese Regelung sorgt oft für Verwirrung bei den Betroffenen und kann den Zugang zu notwendigen medizinischen Dienstleistungen erheblich erschweren. In der öffentlichen Diskussion gibt es jedoch Hoffnung auf Verbesserungen.

Eine Expertenkommission, die von der Bundesregierung eingesetzt wurde, hat die Entkriminalisierung von Abtreibungen in der Frühphase der Schwangerschaft empfohlen. Ob es bald zu einer Gesetzesänderung kommt, bleibt jedoch abzuwarten, denn die zuständigen Ministerien haben sich hierzu noch nicht positioniert.

Die Schilderungen der Frauen und die Berichte von Fachleuten verdeutlichen eindringlich die Notwendigkeit, die Versorgungsstruktur in Lüneburg und darüber hinaus zu verbessern. Entscheidend ist, dass Frauen in einer solchen Lebenssituation nicht länger auf der Strecke bleiben, sondern Zugang zu den benötigten Gesundheitsdiensten erhalten.

Details

Ort	Lüneburg, Deutschland
------------	-----------------------

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at